

## Was jetzt zu tun ist!

### Politischer Forderungskatalog der Chemie-Verbände Hessens

#### 1. Wettbewerbsfähige Industrie unter Green Deal sicherstellen

Der Green Deal muss wirtschaftliches Wachstum und die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Industrie weiterhin strategisch ermöglichen. Die Umsetzung der EU-Chemikalienstrategie zu verschieben ist richtig und der Lage angemessen. Es braucht ein wirkliches Moratorium für neue bürokratische Belastungen. Einer Regulierung muss eine umfassende Folgenabschätzung vorangehen. Das ist nicht nur wichtig für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Produktion, sondern für das Gelingen der Transformation hierzulande!

- **Aktion:** Ziele des Green Deals mit Wettbewerbsfähigkeit und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen der Industrie in Einklang bringen.

#### 2. Gas- und Strompreis entlasten

Für eine klimaneutrale Produktion braucht unsere Branche bis zu 600 TWh Grünstrom pro Jahr – das ist mehr als der jährliche Stromverbrauch in Deutschland insgesamt. Es braucht jetzt realitätsnahe und innovative Konzepte zum Ausbau erneuerbarer Energien, der Netzinfrastruktur und der Wasserstoffwirtschaft zu günstigen Preisen. Nur mit einem wettbewerbsfähigen Strompreis kann die Transformation in Deutschland gelingen. Schon in der Übergangsphase nur auf „grünen“ Wasserstoff zu setzen, läuft diesem Ziel zuwider.

„Was Unternehmen jetzt an Umlage sparen, zahlen sie durch die massiv gestiegenen Strompreise wieder drauf. Der Strompreis ist der entscheidende Hebel für den Klimaschutz gerade in der Industrie. Die EU- Beihilfenvorgaben im sog. „Temporary Crisis Framework“ (TCF) tragen Züge eines „Bürokratiemonsters“ und werden der Krise nicht gerecht.

**Aktion:** Gas- und Strompreisbremse zeitnah umsetzen!

#### 3. Mehr Tempo bei Planungs- und Genehmigungsverfahren

Effiziente, digitale und rechtssichere Genehmigungsverfahren sind die Basis für eine erfolgreiche Industrie und gute Infrastruktur. In komplexen Prozessindustrien – wie der Chemie- und Pharmabranche – sind modulare Produktionsanlagen essenziell, um schnell und flexibel den Anforderungen entsprechend produzieren zu können. Straffe Genehmigungsverfahren sind essenziell. Für eine Verkürzung und Straffung der Verfahren brauchen wir alle Ebenen, von der EU über Bund und Land bis zu den Kreisen und Kommunen.

- **Aktion:** Eckpunkte für eine umfassende Modernisierung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren vorlegen.

#### 4. Mit einer starken Gesundheitsindustrie in die Zukunft

Der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein hat den gesundheitspolitischen Kurs der Bundesregierung in der Septembersitzung des Bundesrates zurecht kritisiert.

Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz refinanziert die Krankenkassen auf dem Rücken der pharmazeutischen Industrie, anstatt die wahren Kostentreiber des Systems anzugehen. Das ist vor dem Hintergrund explodierender Energiepreise und der fragilen Lieferketten, unter denen die Unternehmen leiden, mehr als fahrlässig. Stattdessen wäre eine grundlegende Strukturreform im deutschen Gesundheitswesen erforderlich, insbesondere bei den Krankenhäusern.

Die Erhöhung der Herstellerrabatte, die Einführung neuer Abschläge zum 01. Januar 2023 und die Verschärfung des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes AMNOG ist zum Nachteil von Patientinnen und Patienten. Die Arzneimittelpreise sind nicht der Grund für die Finanzierungslücken der gesetzlichen Krankenkassen. Die Bundesregierung sollte die pharmazeutische Industrie als Zukunftsbranche und wichtigen industriellen Kern schätzen, anstatt ihre Innovations- und Investitionskraft zu schwächen.

- **Aktion:** Stellenwert der Gesundheitsindustrie in Hessen und darüber hinaus in den Fokus rücken und im Schulterschluss zwischen allen Verantwortlichen zum Ausgangspunkt einer Strategie machen.

#### 5. Nachhaltige Industriepolitik aus einem Guss

Es braucht eine nachhaltige Industriepolitik aus einem Guss statt sektoraler Bemühungen nach Perfektion. Es geht letztlich um die Zukunftsfähigkeit des heimischen Industriestandorts und der damit verknüpften Wertschöpfungskette. Hier sind alle gefordert, die an der Gestaltung der Rahmenbedingungen beteiligt sind. Wir richten unseren Appell heute an alle hessischen Politiker, die auf europäischer, Bundes- und Landesebene Verantwortung tragen.

- **Aktion:** Aus den Krisen lernen heißt eine echte Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln und umzusetzen, die auch den nachfolgenden Generationen gute Perspektiven gibt.

#### 6. Sozialversicherungssysteme stabilisieren – Beitragslast begrenzen

Die Beitragslast in der Sozialversicherung klettert 2023 über die 40-Prozent-Marke und wird in den Folgejahren weiter ansteigen. Rente, Gesundheit oder Pflege: Wer die Sozialversicherungen erhalten will, der muss sie reformieren. Wir brauchen Anpassungen unserer Alterssicherungssysteme, damit die gesetzliche Rentenversicherung tatsächlich nachhaltig leistungsfähig und finanzierbar bleibt. Die Pflegeversicherung ist stärker als alle anderen Sozialversicherungszweige vom demografischen Wandel betroffen. Daher muss sie auf der Finanzierungs- wie auf der Leistungsseite umfassend reformiert werden. Weitere Belastungen und Regulierungen der Beitragszahler müssen ausbleiben.

- **Aktion:** Ausufernde Beitragserhöhungen in der Sozialversicherung verhindern und jetzt die dringend notwendigen Reformen bei der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung gesetzlich umsetzen.

## 7. Unternehmerische Freiheit und Flexibilität gewährleisten

Damit die Unternehmen wieder durchstarten können, brauchen sie Spielraum für Innovation und erfolgreiches unternehmerisches Handeln. Die Unternehmen setzen dabei auf ihre qualifizierten Belegschaften. Sie benötigen aber auch die Flexibilität beim Einsatz von Arbeitskräften über Zeitarbeit, Werkvertrag oder Befristungen. Neue einseitige Ansprüche („Recht auf Homeoffice“) sowie die verschärfte Schriftform im neuen Nachweisgesetz sind kontraproduktiv. Das Festhalten an schriftlichen Arbeitsverträgen auf Papier ist nicht mehr zeitgemäß und widerspricht der gängigen betrieblichen Arbeitsweise.

- **Aktion:** Keine neuen Einschränkungen bei Werkverträgen, Befristungen und Zeitarbeit sowie beim Nachweisgesetz die elektronische Schriftform in Deutschland gemäß Art. 3 der EU-Arbeitsbedingungenrichtlinie zulassen.

## 8. Arbeitszeit: Rückkehr zur Stechuhr verhindern

In der betrieblichen Praxis hat sich eine Vielzahl flexibler Arbeitsmodelle etabliert. Dafür existiert in Deutschland ein umfassender und funktionierender Rechtsrahmen zur Aufzeichnung von Arbeitszeiten. Am Tag darf nicht länger als zehn Stunden gearbeitet werden. Erst ab der neunten bis zur zehnten Stunde ist die Arbeitszeit zu notieren („Spitzenaufschreibung“). Diese Regeln gelten seit vielen Jahren und funktionieren in der Praxis. Von dieser Flexibilität profitieren Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Nach dem sog. „Stechuhr“-Urteil des EuGH im Jahr 2019 und dem jüngsten – umstrittenen – BAG-Urteil zur Arbeitszeiterfassung droht Bundesarbeitsminister Hubertus Heil jetzt mit einer gesetzlichen Verpflichtung, die Arbeitszeit der Beschäftigten zu erfassen, und das schon ab der ersten Stunde. Damit droht eine neue Bürokratiewelle bei der Arbeitszeiterfassung.

- **Aktion:** Keine unnötige Bürokratie qua Gesetz durch minutengenaues Aufschreiben der Arbeitszeit. Flexibilität und Vertrauensarbeitszeit für Beschäftigte und Unternehmen erhalten.

## 9. Fachkräftesicherung von außen und innen gewährleisten

Fachkräfteknappheit bleibt ein Topthema für die deutsche Wirtschaft und für die Wettbewerbsfähigkeit in den kommenden Jahren. Deutschland muss attraktiver für internationale Fachkräfte werden. Die Verfahren für eine gezielte und qualifizierte Fachkräftezuwanderung müssen vereinfacht, beschleunigt und entbürokratisiert werden.

Fachkräftesicherung bedeutet auch: die Modernisierung und Digitalisierung der Schulen – auch der Berufsschulen – beschleunigen und die kontinuierliche Weiterbildung in der Arbeitswelt forcieren. Letzteres ist Aufgabe der Betriebe und der Sozialpartner.

- **Aktion:** Fachkräftezuwanderung erleichtern, Modernisierung der Schulen beschleunigen, Verantwortung für Weiterbildung in den Unternehmen belassen.